

Chinas Sicherheitspolitik in Afrika

STEPHEN MARKS

Die meisten Berichte und Analysen über das zunehmende Engagement Chinas auf dem afrikanischen Kontinent haben ihren Ursprung in den Industrieländern. Häufig spiegeln sie eine stereotype und übertriebene Wahrnehmung von China als Bedrohung für den Status quo der Vorherrschaft dieser Industrieländer wider. China wird in die Rolle eines »neuen Imperialisten« gedrängt, der sich an einem »Rennen um Afrika« beteiligt, womit eine Rückkehr zu einem früheren Kolonialmodell suggeriert wird, welches, so lassen die Berichte vermuten, die anderen Weltmächte hinter sich gelassen haben.

Die sich abzeichnende Reaktion der Afrikaner ist differenzierter. Zwar ist man sich der zuweilen negativen Auswirkungen des chinesischen Engagements bewusst, sieht jedoch gleichzeitig die zusätzlichen Möglichkeiten und den größeren Handlungsspielraum, den Chinas Präsenz bietet. Betont wird denn auch die Rolle, die den afrikanischen Regierungen und der Gesellschaft beim Gegensteuern gegen die negativen Auswirkungen zufällt.¹

Mythos und Realität

Bei Sicherheitsfragen zeigt sich der Kontrast zwischen der Rolle Chinas und derjenigen der USA und Europas am augenscheinlichsten im Fehlen einer direkten Militärkomponente, speziell wenn man an AFRICOM² oder

1. Manji, Firoze und Stephen Marks (Hrsg.) (2007): *African Perspectives on China in Africa*. Nairobi und Oxford: Fahamu.
2. In diesem Zusammenhang ist interessant, dass infolge der ablehnenden Haltung Afrikas entgegen der ursprünglichen Absicht entschieden wurde, das Hauptquartier für das Kommando nicht nach Afrika zu legen. Im Kongress wurden Stimmen laut, die Zweifel daran anmeldeten, dass es sinnvoll sei, dem Pentagon die Federführung für die Interventionen der USA in Afrika zu geben. Siehe Tuckey, Beth (2008): »Congress Challenges AFRICOM«, in: *Foreign Policy In Focus* (23. Juli),

die fortdauernde militärische Präsenz und häufige direkte militärische Intervention Frankreichs denkt.³ Das macht es schwieriger, im Militär- und Sicherheitsbereich das Gespenst einer »chinesischen Gefahr« heraufzubeschwören, als dies im Bereich der Wirtschaft der Fall ist. Was nicht bedeutet, dass dies nicht versucht worden wäre.

Der amerikanische Kolumnist Robert Kagan ging so weit zu argumentieren, dass Chinas Politik gegenüber dem Sudan und Simbabwe weniger von wirtschaftlichen Interessen bestimmt sei denn von politischer Solidarität mit den diktatorischen Regimen und sah gar einen chinesisch-russischen »Bund der Diktatoren« voraus.⁴ Die Heritage Foundation, ein konservativer Think-Tank, argumentiert ähnlich.⁵ Diese Ansichten werden allerdings von der breiten Masse der US-Politiker als extrem eingestuft, auch wenn sie weiterhin Einfluss auf die Diskussion nehmen. Eine für den Auswärtigen Ausschuss des US-Senats erstellte Studie drückt dies so aus: »Es gibt einzelne Stimmen, die dafür plädieren, China als wachsende militärische Bedrohung zu sehen, und Peking böse Absichten unterstellen. Diese Hardliner werden teilweise als Aufwiegler empfunden, deren Rat, China als eine Bedrohung der amerikanischen Interessen zu sehen, darauf abzielt, immense Militärbudgets zu rechtfertigen, und eher dazu beiträgt, Konflikte mit China heraufzubeschwören denn sie abzuwenden. Die öffentlich von US-Regierungsstellen vertretene Sichtweise ist eine, bei der die Zusammenarbeit und der Dialog mit China als beste Möglichkeit gesehen werden, das Land als ›verantwortungsbewussten Interessenvertreter‹ in das derzeitige globale System zu integrieren – als Nation, die ›Verantwortung für die Stärkung des internationalen Systems übernimmt, das ihren Erfolg ermöglicht hat‹. Gegner dieses Ansatzes sehen darin die Sicht von ›Panda-Kuschlern‹, wie man in den USA gemeinhin naive, kritiklose Chinafreunde nennt, die sich vom Potential des chinesischen Markts haben verführen lassen, die Augen vor den feindlichen Absichten der Volksrepublik ver-

<http://fpif.org/fpif.txt/5398> (besucht am 9.9.08) und Brookes, Rosa (2008): »Bush's African Burden«, in: *Los Angeles Times* (21. Februar), www.latimes.com.

3. Hier scheint allerdings ein Umdenken stattzufinden. Siehe Leymarie, Philippe (2008): »France Vanishes from Africa«, in: *Le Monde Diplomatique* (April), www.mondediplo.com.
4. Kagan, Robert (2006): »League of Dictators? Why Russia and China Will Continue to Support Autocracies«, in: *Washington Post* (30. April).
5. <http://www.heritage.org/research/asiaandthepacific/bg1916.cfm> (zuletzt besucht am 3.12.08).

schließen und ihren Wünschen und Forderungen unnötigerweise nachgeben, wodurch sie die strategische Position der USA aufs Spiel setzen und deren Interessen gefährden. Die hitzige Konfrontation zwischen diesen beiden gegensätzlichen Polen lässt eine pragmatische und durchdachte Politik, die das Finden eines gemeinsamen Standpunkts zur bestmöglichen Positionierung der USA gegenüber Peking ermöglichen könnte, in weite Ferne rücken.«⁶

Es ist nicht verwunderlich, dass Chinas offizielle Stellungnahmen in Bezug auf Afrika die »harmlose« Interpretation der Sicherheitspolitik widerspiegeln. So ist im Abschnitt »Frieden und Sicherheit« des Weißbuchs zu Chinas Afrikapolitik vom Januar 2006 lediglich von einer bilateralen militärischen Zusammenarbeit die Rede: »China wird den militärischen Austausch auf höchster Ebene zwischen beiden Seiten fördern, ebenso wie den aktiven Austausch von Technik und die technische Zusammenarbeit im Militärbereich. Es wird zudem weiterhin die Ausbildung afrikanischen Militärpersonals sowie den Aufbau von Verteidigungseinrichtungen und Truppen zur Sicherheit der afrikanischen Länder unterstützen.«⁷

Im gleichen Dokument verpflichtet sich China, Bemühungen zur Lösung von Konflikten durch die AU und andere regionale Organisationen zu unterstützen, fordert die UN auf, ebenfalls einen Beitrag hierzu zu leisten und sagt die Weiterführung der Unterstützung und Teilnahme an UNO-Friedensmissionen in Afrika zu. Auch zur rechtlichen und polizeidienstlichen Zusammenarbeit im Kampf gegen Verbrechen, Korruption und illegale Einwanderung sowie zu einer engeren Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von »Terrorismus, Waffenschmuggel, Drogenhandel, grenzüberschreitenden Wirtschaftsverbrechen usw.« verpflichtet man sich.

Im Juni 2008 gab China bekannt, dass seit 1990 insgesamt 10 000 chinesische Militärangehörige an UNO-Friedensmissionen teilgenommen haben. Anfang 2008 waren insgesamt 1 963 chinesische Soldaten an solchen Missionen beteiligt. Kein anderes ständiges Mitglied des Welt sicherheitsrats konnte mehr vorweisen, auch wenn Pakistan oder Bangla-

6. »China's Foreign Policy and ›Soft Power‹ in Asia, Latin America and Africa«, Studie für das Komitee für auswärtige Beziehungen des US-Senats, <http://www.gpoaccess.gov/congress/index.html> (zuletzt besucht am 3.12.08).

7. Ministry of Foreign Affairs, The People's Republic of China: »China's African Policy«, <http://www.fmprc.gov.cn/eng/zxxx/t230615.htm> (zuletzt besucht am 3.12.08).

desch mit jeweils 10 000 Soldaten einen wesentlich höheren Anteil stellen. Und China verfügt über zwei permanente Ausbildungszentren für Friedenstruppen.⁸

Während Skeptiker argumentieren könnten, dass von offizieller Seite nichts anderes zu erwarten sei als diese fromme Zurschaustellung von Werten, scheinen die verfügbaren Daten die offizielle Sicht zu bestätigen. So wäre beispielsweise ein Indiz, das auf ein verstärktes militärisches Interesse Chinas an Afrika hindeuten würde, die Anzahl der Verteidigungsattachés in den chinesischen Botschaften. Aber während sich deren Zahl seit 1985 weltweit von 59 auf 107 erhöht hat, stieg die Anzahl in Afrika lediglich von neun auf 14. Anders gesagt, die meisten chinesischen Botschaften in Afrika verfügen nicht einmal über einen Verteidigungsattaché. Dafür gibt es in nahezu jeder europäischen Hauptstadt einen.⁹

Im Zeitraum 2005/2006 liefen Schiffe der chinesischen Streitkräfte sechs Länder an, keines davon in Afrika. China führte gemeinsame Militärübungen mit acht Ländern durch, keines davon in Afrika. Und China nahm an 46 Sicherheitskonferenzen mit anderen Ländern teil, nur bei dreien davon war der Partner ein afrikanisches Land – und das war in allen drei Fällen Südafrika.¹⁰

Zwar hat der Austausch auf höchster Ebene mit anderen Streitkräften zwischen 2001 und 2006 erheblich zugenommen (von 174 auf über 210), doch blieb mit Afrika der »bilaterale Austausch stabil bei einem Durchschnitt von 26 pro Jahr. Einen ständigen Militärdialog unterhält Peking allein mit Südafrika. (...) Folglich bleibt der Umfang von Chinas Militärdiplomatie in Afrika bescheiden, vor allem im Vergleich zur eindrucksvollen Anzahl an Handelsbevollmächtigten, die in den vergangenen Jahren in afrikanische Länder entsandt wurden, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu stärken.«¹¹

8. Taylor, Ian: »The Future of China's Overseas Peacekeeping Operations«, <http://www.jamestown.org/terrorism/news/article.php?articleid=2374037> (zuletzt besucht am 3.12.08).

9. Puska, Susan (2007): »Military Backs China's Africa Adventure«, in: *Asia Times* (8. Juni), <http://www.atimes.com/atimes/China/IF08Ad02.html> (zuletzt besucht am 3.12.08).

10. Verteidigungsweißbuch: »China's National Defence in 2006«, <http://www.china.org.cn/english/features/book/194421.htm> (zuletzt besucht am 3.12.08).

11. Holslag, Jonathan: »China's Next Security Strategy for Africa«, Brüsseler Institut für zeitgenössische China-Studien, www.vub.ac.be.

Die offensichtliche Ausnahme Südafrika bestätigt lediglich die Regel. Die Tatsache, dass die engsten militärischen Beziehungen zum demokratischen Südafrika bestehen und nicht zu Ländern, die für China als Rohstofflieferanten von großem Interesse sind, steht in krassem Widerspruch zur Sichtweise, dass Chinas Politik von der Sympathie für autokratische Regime und Öllieferanten bestimmt wird. Und selbst hier scheint die militärische Verbindung hinter engeren wirtschaftlichen und diplomatischen Verbindungen zurückzustehen.

»Die militärische Zusammenarbeit, auch wenn sie auf höchster Ebene von beiden Regierungen diskutiert wird, scheint nicht den gleichen Grad an Kooperation hervorgebracht zu haben, wie dies im diplomatischen und wirtschaftlichen Bereich der Fall ist. Sicherlich wird das Schauspiel gemeinsamer Militärübungen mit der indischen und brasilianischen Marine, wie sie auf dem letzten IBSA-Gipfel vereinbart wurden, den Einsatz für all jene erhöhen, die sich eine engere Zusammenarbeit zwischen Südafrika und China erhoffen. Zudem stehen südafrikanische Waffenhersteller dem Vernehmen nach im Wettbewerb mit ihren chinesischen Kollegen um Märkte in Afrika, auch im Sudan.«¹²

Auch lässt das Muster der chinesischen Waffenverkäufe nicht auf einen primär militärstrategischen Hintergrund schließen. »Es gibt keinerlei Hinweise darauf, dass Chinas Militärhilfe dazu dient, den Einfluss anderer Mächte wie beispielsweise der USA auszugleichen. Abgesehen vom Sudan und Simbabwe werden die meisten Länder, die in den vergangenen Jahren chinesische Hilfen erhalten haben, auch von Washington unterstützt. 2007 stellte Peking auf westlichen Druck hin sogar zeitweilig die Lieferung schwerer Waffen nach Khartum ein. (...) Man kann nicht behaupten, dass Chinas militärische Hilfsprogramme den Absteuern des Landes in die Bergbauindustrie zuträglich waren. Zwischen 2004 und 2006 erhielt das rohstoffreiche Nigeria beispielsweise nur halb so viel Militärhilfe von China wie Ghana oder Uganda. Im gleichen Zeitraum wurde Angola stärker unterstützt als der Sudan, obwohl die Sicherheitsprobleme im Sudan wesentlich gravierender waren. Und obwohl die Gewalt in Somalia eine Bedrohung für die chinesischen Explorationsaktivitäten in Äthiopien und Kenia darstellte, verpflichtete sich China lediglich gegenüber Kenia zur Unterstützung beim Schutz seiner Gren-

12. Alden, Chris: »South Africa and China: Forging Africa's Strategic Partnership«, http://www.jamestown.org/china_brief/article.php?articleid=2374252 (zuletzt besucht am 3.12.08).

zen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass China zwar Militärhilfe leistet, aber nicht auf Basis einer zusammenhängenden Strategie zum Schutz seiner Sicherheitsinteressen.«¹³

Chinas »schurkische Verbündete«

Sudan und Simbabwe sind die beiden wichtigsten Punkte in der Anklageschrift der Kritiker, wenn es um Chinas Engagement in Afrika geht. Pekings ursprüngliches Beharren auf seinem Veto im Weltsicherheitsrat bezüglich der Darfur-Frage, mit der Begründung der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, und das Bereitstellen der entscheidenden Unterstützung für das Regime von Robert Mugabe in Simbabwe wurden als Indiz für Chinas rücksichtslose Entschlossenheit gewertet, sein kurzfristiges Interesse an Rohstoffen und Märkten auch gegen den Widerstand der internationalen Gemeinschaft durchzusetzen – eine klare und offensichtliche Bestätigung von Kagans These.

In jüngster Zeit wird allerdings eine deutliche Trendwende in der Politik Chinas gegenüber diesen beiden Pariastaaten spürbar. Nach allgemeiner Ansicht wurde diese durch die Ernennung von Liu Guijin, einem erfahrenen Diplomaten und Ex-Botschafter in Südafrika und Simbabwe zum »Vertreter für afrikanische Angelegenheiten und Sonderbeauftragten für die Darfur-Frage« eingeleitet. Manches deutet darauf hin, dass die Ernennung selbst bereits Ergebnis eines Umdenkens ist. Im März 2007 gab Peking die Streichung des Sudan von der Liste der Länder mit bevorzugtem Handelsstatus bekannt – das Ende der Investitionsanreize für chinesische Unternehmen im Sudan. Dies wurde allgemein als Zeichen des chinesischen Unmuts über die fehlende Bereitschaft Khartums gewertet, den Annan-Plan für Darfur umzusetzen.

Während China sich einerseits weiterhin gegen Sanktionen sträubt, ist es Peking andererseits zu verdanken, dass Khartum der Stationierung einer im Juli vom Weltsicherheitsrat genehmigten gemischten AU/UNO-Schutztruppe zustimmte, an der China einen erheblichen Anteil stellt: Auswärtige Diplomaten und Experten für Darfur weisen darauf hin, dass Peking dazu beitrug, den Sudan zur Teilnahme an Verhandlungen mit Rebellen Gruppen in Libyen zu bewegen. Der US-Sonderbeauftragte für

13. Gill, Bates; Chin-hao Huang and J. Stephen Morrison (2007): »Assessing China's Growing Influence in Africa«, in: *China Security*, Band 3, Nr. 3 (Sommer), <http://yaleglobal.yale.edu/about/pdfs/china-africa.pdf> (zuletzt besucht am 3.12.08).

Darfur, Andrew Natsios, sagte im September, er sei nicht sicher, was Peking dazu veranlasst habe, sich in den vergangenen Monaten stärker für Darfur einzusetzen. Doch sei China hilfreich und nutze seinen Einfluss auf die sudanesisische Regierung. »Ich glaube, die Chinesen sind wie eine Lokomotive, die langsam Fahrt aufnimmt«, ließ er das Publikum im Zentrum für Strategische und Internationale Studien in Washington wissen. »Sie tun Dinge, um die wir sie nicht gebeten haben.«¹⁴

Es gab auch Berichte, China würde alle Hilfeleistungen für Simbabwe mit Ausnahme der humanitären Hilfe einstellen.¹⁵ Trotz offizieller Dementis wurde Liu Guijin später wie folgt zitiert: »Chinas Unterstützung für Simbabwe beschränkt sich hauptsächlich auf humanitäre Hilfe, da wir in Bezug auf andere Hilfeleistungen immer noch einige Schwierigkeiten haben. (...) In der Vergangenheit hat China einiges an Entwicklungshilfe geleistet. Aufgrund der derzeitigen Inflation und der Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Situation sind die Aussichten für eine solche Hilfe nicht sehr gut.«¹⁶

Zu den Gründen für diesen Umschwung zählte im Hinblick auf die bevorstehenden olympischen Spiele die Angst vor schlechter Publicity sowie die wachsende Erkenntnis, dass Instabilität und eine nicht funktionstüchtige Regierung ein wenig zuverlässiges Rahmenwerk für Chinas langfristige wirtschaftliche Interessen darstellen. Dennoch bleibt abzuwarten, inwieweit eine Einschränkung der bislang bedingungslosen Unterstützung dieser Regime sich in eine positive Haltung zu innerem Wandel umsetzen lässt.

Es gibt Anlass zur Befürchtung, dass den Politikverschiebungen pragmatische Gründe zugrunde liegen, die ihre Ursache in den besonderen Umständen beider Länder haben. Im Nachbarland Tschad hat China Öl-explorationsrechte erworben und den Bau einer Ö Raffinerie und eines Zementwerks zugesagt. Auf kurze Sicht wird nun alles Öl, das innerhalb der chinesischen Explorationszone entdeckt wird, über eine von der Weltbank finanzierte Pipeline an den Atlantik transportiert. Auf lange Sicht geht man davon aus, dass Peking das Ziel verfolgt, das Feld an ein von Chinesen im Sudan erbautes Versorgungsnetz anzuschließen.

14. Bezlova, Antoaneta (2007): »Sudan – Showcase for New Assertiveness«, in: *IPS* (21. September), <http://www.ipsnews.net/africa/nota.asp?idnews=39345> (zuletzt besucht am 3.12.08).

15. *Daily Telegraph* (13. August 2007).

16. ZimOnline (28. September 2007), <http://www.zimonline.co.za/Article.aspx?ArticleId=2092> (zuletzt besucht am 3.12.08).

Nach Ansicht der *New York Times* »sind die chinesischen Ölinteresen eine ebenso gute Erklärung für die jüngsten diplomatischen Bemühungen Pekings in der Region wie der Druck, den die USA auf China ausübt, um Peking zur Mithilfe bei der Befriedung der Darfur-Region zu bewegen«.17 Andererseits kann man es auch so sehen, dass Chinas Politiker ihre eigene Haltung an die sich ändernden Umstände anpassen, da eine reine Politik der Nichteinmischung sowohl von Kräften, die dem unterstützten Regime feindlich gegenüberstehen, als auch von dessen Nachbarländern, die sich ob der von den »Failing States« ausgehenden Destabilisierung beunruhigt zeigen, durchaus als Einmischung verstanden werden kann.

In diesem Zusammenhang ist interessant, dass als Russland und China ihr Veto gegen den Antrag der USA und Großbritanniens auf UNO-Sanktionen gegen Simbabwe einlegten, der chinesische Vertreter sorgsam darauf bedacht war, die Haltung seines Landes zu rechtfertigen, indem er davon sprach, mehr Zeit für die von der AU unterstützten Gespräche einräumen zu wollen, anstatt den Antrag einfach als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Simbawwes abzulehnen – wie der russische Delegierte argumentierte.¹⁸

Mehr als Nichteinmischung

Die chinesische Afrikakennerin He Wenping beschreibt das Erkennen dieser Faktoren durch chinesische Politiker auf folgende Weise: »Chinas Politik gegenüber Afrika ändert sich, und zwar als Reaktion auf die Entwicklungen in Afrika selbst. Die Globalisierung und Afrikas eigene Fortschritte haben die strategischen und politischen Verhältnisse auf dem Kontinent verändert. So hat beispielsweise die Afrikanische Union (AU) die vorherige Organisation für afrikanische Einheit (OAU) abgelöst, was u. a. dazu führte, dass das OAU-Prinzip der »Nichteinmischung in innere Angelegenheiten von Mitgliedsstaaten« zum AU-Grundsatz der »bedingten Einmischung in innere Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten« wurde. Dies macht deutlich, dass den afrikanischen Ländern bewusst geworden ist, dass ein Konflikt in einem Bereich von Afrika Auswirkungen auf Nachbarländer haben kann, und dass ein starkes und stabiles Afrika die gemeinsame Übernahme von Verantwortung erfordert. Dementspre-

17. *New York Times* (13. August 2007), www.nytimes.com.

18. www.edition.cnn.com.

chend untersucht China, wie es sich an die neue Politik Afrikas in einem neuen Zeitalter anpassen kann.«¹⁹

Das Prinzip der Nichteinmischung wird häufig, speziell in Bezug auf den Sudan und Simbabwe, als zynisches Deckmäntelchen für das Verfolgen chinesischer Interessen gesehen, ohne Rücksicht auf Menschenrechte und eine verantwortungsvolle Regierungsführung. Dabei sollte jedoch die Möglichkeit nicht übersehen werden, dass dies auch einer echten Einschätzung von Chinas Eigeninteresse als aufstrebender Weltmacht ohne Möglichkeit der Zurschaustellung militärischer Stärke auf globaler Ebene entspricht – eine Macht, die folglich ein Interesse daran hat, ein regelgeleitetes internationales System zu unterstützen.

Die These, dass diese Überlegungen bei Chinas Sudan-Politik und ihrer stufenweisen Wandlung eine ebenso große Rolle spielen wie die Ölvorkommen des Landes, wurde von Stephen Morrison und Bates Gill in ihrem Memorandum für den Auswärtigen Ausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses im Februar 2007 dargelegt: »Der Sudan trägt nur geringfügig zu Chinas gesamtem Energiebedarf bei – lediglich fünf Prozent der gesamten chinesischen Ölimporte stammen von dort, das macht weniger als ein Prozent des gesamten Energieverbrauchs Chinas aus. Zwar sind die Beziehungen zum Sudan auf mikroökonomischer Ebene für einige chinesische Ölfirmen wichtig, aber das Ganze stellt keine kritische strategische Beziehung von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung dar. Energie aus dem Sudan ist für China und seine Zukunft wichtig, aber die Motivation Chinas für seine Sudan-Politik hat ihre Wurzeln an anderer Stelle. Ein wichtiger und häufig übersehener Grund ist Pekings Bestreben, das Prinzip nationaler Souveränität und Nichteinmischung zu schützen. Diese stellen die Grundpfeiler der Strategie Chinas auf dem Weg zu einer durch solide Allianzen gestützten Weltmacht dar. Aber selbst hier liegen Pekings Interessen im Sudan im Widerstreit: durch unterschiedliche Fraktionen innerhalb Chinas selbst, durch Pekings Interesse am Verbessern seiner Position bei den Vereinten Nationen und seinen Wunsch nach einem nachhaltigen Aufbau bilateraler Beziehungen zu Washington, den europäischen Staaten und afrikanischen Mächten.«²⁰

19. Wenping, He (2007): »The Balancing Act of China's Africa Policy«, in: *China Security*, Band 3, Nr. 3 (Sommer): 23–40, http://www.wsichina.org/cs7_2.pdf (zuletzt besucht am 3.12.08).

20. Committee on Foreign Affairs: »The Escalating Crisis in Darfur: Are there Prospects for Peace?«, <http://foreignaffairs.house.gov/110/33109.pdf> (zuletzt besucht am 3.12.08).

Die Strategie Chinas

Jonathan Holslag hat auf das Paradox hingewiesen, dass »China einerseits in Bezug auf wirtschaftliche Ziele eine revisionistische Macht geworden ist, speziell wenn es versucht, seinen Einfluss in Afrikas primärem Wirtschaftssektor auszudehnen, andererseits aber in Bezug auf Sicherheitsziele wie eine Status-quo-Macht handelt«. ²¹ Er nennt hierfür drei Gründe. Erstens muss sich China als Nachzügler erst seit kurzem mit diesen Problemen auseinandersetzen. Zweitens ist China weder technisch noch finanziell in der Lage, eine militärische Antwort in der Größenordnung der etablierten Großmächte zu liefern. Eine Lektion, die die chinesische Führung nach allgemeiner Auffassung aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion gelernt hat, ist, dass es töricht wäre, sich auf ein Wettrüsten mit den USA einzulassen. Und drittens ergibt sich daraus das Gebot, dass man möglichst nicht als Bedrohung gesehen werden sollte.

Diese Erklärung schließt natürlich die Ansicht nicht aus, dass sich Chinas Haltung zu einem späteren Zeitpunkt ändern könnte, wenn sein Aufstieg erfolgreich abgeschlossen ist. Aber zumindest einige der Befürworter der jetzigen Politik führen hierfür eher allgemeine denn pragmatische und konjunkturelle Gründe an.

Einer der führenden Vertreter dieser Auffassung ist Zheng Bijian, einst unter dem jetzigen Präsidenten Hu Jintao stellvertretender Vorsitzender der zentralen Parteihochschule, ehemaliger Propagandaminister und Schöpfer des Begriffs vom »friedlichen Aufstieg«. Er vertritt folgende Ansicht: »In der jüngeren Geschichte haben einige aufstrebende Mächte durch Invasion, Kolonisierung oder sogar groß angelegte Angriffskriege die Ressourcen anderer Länder an sich gerissen. Chinas Aufstieg zeichnet sich bislang durch Investitionen, Technologie und auf friedlichem Wege gewonnene Ressourcen aus. (...) China«, so Hu Jintao weiter, »wird nicht den Weg Deutschlands einschlagen, der zum Ersten Weltkrieg geführt hat, noch jenen, den Deutschland und Japan im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs wählten, als diese Länder sich Ressourcen mit Gewalt aneigneten und eine politische Vormachtstellung anstrebten. Auch wird China nicht den Weg der Großmächte gehen, die während des Kalten Krieges um die globale Vormachtstellung kämpften. Stattdessen wird China ideologische Barrieren überwinden und den Frieden, die Ent-

21. Holslag op. cit.: 16.

wicklung und die Zusammenarbeit mit allen Ländern der Erde anstreben.«²²

Laut Mark Leonard wurden die Aussagen von Zheng Bijian durch ein großes Forschungsprojekt untermauert, das von Hu Jintao in Auftrag gegeben und hauptsächlich von Doktoranden aus Schanghai durchgeführt wurde. Diese untersuchten 40 Beispiele aufstrebender Nationen und stellten fest, dass »im Aufstieg begriffene Mächte, welche den Weg der Aggression und Expansion wählen«, am Ende scheitern.²³

Dennoch scheint die Theorie des »friedlichen Aufstiegs«, auch wenn sie in offiziellen Statements und der politischen Haltung Chinas immer noch durchklingt, aufgrund von Richtungskämpfen innerhalb der Parteilührung in dieser deutlichen Form ein wenig an Boden eingebüßt zu haben. Ein weiterer Grund hierfür ist eine Gegenoffensive nationalistisch orientierter Akademiker, die vor allem Angst davor haben, dass diese Haltung als Zeichen der Schwäche in Bezug auf Taiwan ausgelegt wird.

Dies mag auf ein Hin- und Herspringen zwischen der zweiten und dritten der drei von Qin Yaqing, Professor an der China Foreign Affairs University, angeführten Alternativen hindeuten, als da wären aggressiver Nationalismus, zweckorientierter Realismus und kooperativer Internationalismus. Seiner Meinung nach schwanken die außenpolitischen Entscheidungsträger derzeit zwischen der zweiten und dritten Option.²⁴

Die andere Mythologie

An diesem Punkt sollten wir uns klar machen, und sei es nur, um die Rolle des »Advocatus Diaboli« zu spielen, dass wir Gefahr laufen, in eine andere und ältere Form westlicher Mythologiebildung in Bezug auf China zu verfallen. Kann es nicht sein, dass wir uns, indem wir die Dämonologie der »gelben Gefahr« vermeiden, auf die einfallsslose Medienexperten immer wieder verfallen,²⁵ unsererseits von der Mytho-

22. Bijian, Zheng: »China's Peaceful Rise to Great-Power Status«, <http://www.irchina.org/en/news/view.asp?id=397> (zuletzt besucht am 3.12.08).

23. Leonard, Mark (1998): *What Does China Think?* London: Fourth Estate: 90.

24. Yaqing, Qin: »China's Security Strategy with a Special Focus on East Asia«, <http://www.spf.org/e/report/040707.html> (zuletzt besucht am 3.12.08).

25. Mawdsley, Emma (2008): »Fu Manchu versus Dr. Livingstone in the Dark Continent? How British Broadsheet Newspapers Represent China, Africa and the West«, in: *Pambazuka News* (22.1.), <http://www.pambazuka.org> (besucht am 3.12.08).

logie aufgeklärter Denker wie Leibniz und Voltaire einwickeln lassen, die das konfuzianische Selbstbild des kaiserlichen China kritiklos übernahmen und für ein friedliches Kaiserreich schwärmten, das von einem rationalen und wohlwollenden Beamtenapparat regiert wurde?²⁶

Könnte die moderne Version dieser Sicht nicht der beruhigende Mythos einer wohlwollenden Supermacht sein, die es aus eigenem, auf Vernunft begründeten nationalen Selbstinteresse für notwendig erachtet, das Streben nach militärischer Selbstverherrlichung zugunsten einer friedlichen Weltordnung mit festen Regeln aufzugeben?

Wenn Chinas Absichten tatsächlich friedlich sind, warum wurde der Verteidigungshaushalt für 2008 dann um 17,6 Prozent auf einen jährlichen Gesamtbetrag von über 58 Millionen US-Dollar aufgestockt,²⁷ wodurch China nun in puncto Verteidigungsausgaben weltweit auf Rang vier gerückt ist?²⁸

Die offizielle Erklärung führt u. a. an, dass die Bezüge des Militärpersonals aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten erhöht werden mussten, außerdem erforderten steigende Ölkosten und höhere Investitionen in Ausbildung und Training ein höheres Budget. Eine weitere Begründung allerdings war die Fähigkeit, einen Verteidigungskrieg mit Informationstechnik zu führen.

Laut »Jane's Industrial Quarterly« haben »die USA mit 696,3 Milliarden US-Dollar bei weitem den höchsten Verteidigungsetat. Der Rest der »Top Five« sind Großbritannien mit 79,27 Milliarden US-Dollar, Frankreich mit 65,74 Milliarden US-Dollar, China mit 58,07 Milliarden US-Dollar und Japan mit 48,1 Milliarden US-Dollar.«

Der offizielle chinesische Verteidigungsetat hat sich seit 1998 mehr als vervierfacht, wobei einige Analysten die Zahlen noch höher ansetzen. Gut informierte Experten sind übereinstimmend der Meinung, dass die zusätzlichen Mittel größtenteils in erhebliche Steigerungen von Gehalt und Zusatzleistungen, neue Uniformen, eine bessere Versorgung und

26. Fuchs, Thomas: »The European China – Receptions from Leibniz to Kant« (übersetzt von Martin Schoenfeld), in: *Journal of Chinese Philosophy*, Band 33, Ausgabe 1, <http://www3.interscience.wiley.com/journal/118552434/abstract>.

27. »China Defense Budget to Grow 17.6% in 2008«, China Daily (4. März 2008), http://www.chinadaily.com.cn/china/2008npc/2008-03/04/content_6506320.htm (zuletzt besucht am 3.12.08).

28. Associated Press: »China's Defense Spending Growing, but U.S. still Top«, http://www.usatoday.com/news/world/2008-09-03-China-defense_N.htm (zuletzt besucht am 3.12.08).

neue Unterkünfte, neues, größtenteils in China gefertigtes Material (zumeist Computer und Kommunikationsgeräte) und häufigere und realitätsnähere Übungen geflossen sind.²⁹

Bei der Überlegung, wie sich dies mit Chinas Behauptung in Einklang bringen lässt, eine rein defensive Strategie zu verfolgen, muss daran erinnert werden, dass Chinas Definition seines Staatsgebiets nicht nur Taiwan einschließt, sondern auch die umstrittenen Inseln im südchinesischen Meer. Die Möglichkeit, die Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans durch ein militärisches Einschreiten zu unterbinden, fiel für die Chinesen unter den Begriff »defensiv« – wobei der Zweck einer solchen Haltung auch darin gesehen werden könnte, den Konflikt ohne militärisches Eingreifen zu lösen. Der kürzlich errungene Sieg des KTM-Kandidaten Ma Ying-jeou bei den Präsidentschaftswahlen in Taiwan hat die Spannungen zwischen beiden Ländern reduziert und die Chancen auf eine langfristige Einigung erhöht.

Es gibt allerdings keinen Grund zu der Annahme, dass die Entwicklungen in Ost- und Südasiens Auswirkungen auf Chinas Afrika-Strategie haben, selbst wenn man die Berichte berücksichtigt, dass China, das derzeit über keinen Flugzeugträger verfügt, den Aufbau einer Kampfeinheit mit drei Flugzeugträgern plant.³⁰

Ein massiveres Auftreten Chinas in ostasiatischen Gewässern hätte sicherlich Auswirkungen auf die Haltung der Inder bzw. auf Indiens bereits vorhandene und sich stetig ausdehnende Rolle als Seestreitmacht im indischen Ozean einschließlich der Ostküste Afrikas. Indien hat bereits Verteidigungspakte mit Kenia, Madagaskar und Mosambik geschlossen. Es führt vereinbarungsgemäß regelmäßige Seepatrouillen in den Gewässern vor Mosambik, Mauritius und den Seychellen durch. Auf Madagaskar richteten die Inder den ersten Horchposten auf fremdem Boden ein, um von hier aus Schiffsbewegungen per Radar zu beobachten. Es wird berichtet, dass das Land mit Mauritius über eine langfristige Pacht der Agalega-Inseln verhandelt. Indien führte zudem gemeinsame See-Manöver mit Südafrika durch.³¹ »Seine Flotte im indischen Ozean zählt

29. Siehe z. B. Blasko, Dennis J.: »The Pentagon-PLA Disconnect: China's Self Assessments of Its Military Capabilities«, www.jamestown.org.

30. Hsiao, Russell: »Is the PLA Navy Making Plans for a Three Carrier Battle Group?«, www.jamestown.org.

31. Vines, Alex und Bereni Oruitemekai: »India's Engagement with the African Indian Ocean Rim States«, http://www.chathamhouse.org.uk/files/11293_india_africa_0408.pdf (zuletzt besucht am 3.12.08).

mit ihren modernen Flugzeugträgern, den Atom-U-Booten und anderen Kampfeinheiten zu den mächtigsten Seestreitkräften der Region.«³² Doch selbst diese Tatsache konnte das Heraufbeschwören des Schreckgespenstes einer angeblichen »Perlenkettenstrategie« der Chinesen nicht verhindern. Ein us-Strategieexperte behauptete: »Jede ›Perle‹ in der ›Perlenkette‹ ist ein Nexus geopolitischen Einflusses oder militärischer Präsenz Chinas. Die Insel Hainan mit ihrem kürzlich ausgebauten Militärstützpunkt ist eine ›Perle‹. Ein neu ausgebautes Flugfeld auf Woody Island, einer der Paracel-Inseln, die 300 Seemeilen östlich von Vietnam liegen, ist eine ›Perle‹. Ein Container-Hafen in Chittagong, Bangladesch, ist eine ›Perle‹. Der Bau eines Tiefseehafens in Sittwe, Myanmar, ist eine ›Perle‹, ebenso wie der Bau eines Marinestützpunkts im pakistanischen Gwadar. Projekte zum Bau von Häfen und Flugplätzen, diplomatische Verbindungen und eine forcierte Modernisierung bilden die Basis von Chinas ›Perlenkette‹. Die ›Perlen‹ reichen von der Küste des chinesischen Festlands über die Küstenstriche des Südchinesischen Meers, die Straße von Malakka und den Indischen Ozean bis hin zu den Küsten des Arabischen Meers und des Persischen Golfs. China baut strategische Beziehungen auf und erhöht seine Chancen, eine Präsenz entlang der Schifffahrtswege (SLOC) zu etablieren, die China mit dem Nahen Osten verbinden.«³³

Gleichzeitig fühlt sich der Autor bemüßigt, Folgendes hinzuzufügen: »Chinas Entwicklung dieser geopolitischen ›Perlen‹ ging ohne Konfrontation über die Bühne, es gibt keinerlei Anzeichen für imperiale oder neokoloniale Bestrebungen. Möglicherweise liegt dem Aufbau der ›Perlenkette‹ nicht einmal eine explizit von der chinesischen Zentralregierung festgelegte Strategie zugrunde. Es könnte sich auch einfach um eine bequeme Bezeichnung handeln, mit der jemand in den USA ein Element der chinesischen Außenpolitik beschreibt.«

Der Tiefseehafen in Gwadar ist ein typisches Beispiel. Die staatliche China Harbour Engineering Company, finanziert über einen Kredit Chinas in Höhe von 198 Millionen US-Dollar, half Pakistan beim Abschluss der ersten Phase des Projekts, dessen Ziel der Bau eines größeren pakistanischen Hafens nahe dem Eingang zum Persischen Golf an der Mündung der Straße von Hormus ist. Dieser Hafen hat tatsächlich eine stra-

32. Holslag op. cit.

33. Pehrson, Christopher J. (2006): »String of Pearls: Meeting the Challenge of China's Rising Power across the Asian Littoral«, Strategic Studies Institute, US Army War College (Juli), <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/PUB721.pdf> (zuletzt besucht am 3.12.08).

tegische Bedeutung als möglicher Endpunkt einer Landroute von Westchina und Zentralasien zum Indischen Ozean, welche von enormer wirtschaftlicher Bedeutung wäre.

Es gibt allerdings keinerlei Anzeichen dafür, dass ein Marinestützpunkt Teil des Pakets ist – oder dass China derzeit überhaupt die Absicht hegt, eine Flotte im Indischen Ozean zu unterhalten, für die Gwadur als Stützpunkt dienen könnte. Gleiches gilt für die anderen Bau- und Geschäftsvorhaben in der Region, die als Beweis der »Perlenkettenthese« angeführt werden, von Kambodscha bis Sri Lanka. Auf jeden Fall gibt es keinerlei Hinweise darauf, dass China derzeit vorhat, Indiens Vorherrschaft zur See in der Region in Frage zu stellen. Andererseits gibt es durchaus Anzeichen dafür, dass eines der Argumente, die in Washington zur Sicherung der Ratifizierung des umstrittenen Atom-Abkommens zwischen den USA und Indien eingesetzt wurde, sich auf Indien als »hedge«, also als Sicherungsinstrument gegenüber China bezog, ähnlich wie China während des Kalten Krieges als Karte gegen die Sowjetunion ausgespielt wurde.³⁴

Wenn dieses Argument bei Politikern in Washington und Delhi tatsächlich Anklang findet, könnte dies die Position der politischen Hardliner in Peking stärken, die Gefahr für Chinas Schifffahrtswege wittern. Würde Chinas Politik andererseits eine Wende zum Militaristischen nehmen, wäre dies zuallererst an der Meerenge von Taiwan und dem Südchinesischen Meer spürbar. Alles in allem ist dies eher unwahrscheinlich. Die Mittel, die China benötigen würde, um eine signifikante Seepresenz zu erreichen oder sich an einem echten Wettüsten mit Indien im Indischen Ozean oder in Ostasien zu beteiligen, würde es dem Regime wahrscheinlich unmöglich machen, im Inland weiterhin für Wohlstand und Wachstum zu sorgen – das Einzige, woraus es mehr oder weniger seine Existenzberechtigung zieht. Die einzigen Umstände, unter denen man sich einen solchen Politikwandel vorstellen könnte, wären ein Wirtschaftsabschwung in China selbst, durch den ein Teil der politischen Führung in Versuchung geraten könnte, im Ausland den Chauvinisten zu spielen.

Auch gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass sich die Spannungen zwischen Indien und China auf einer Ebene bewegen, die ein solches Szenario auch nur annähernd in Realitätsnähe rücken lässt. Davon abgesehen

34. Smith, Jeff M.: »India as a US Hedge against China«, http://www.atimes.com/atimes/South_Asia/JH07Df01.html (zuletzt besucht am 3.12.08).

läge eine rationale chinesische Strategie eher darin, einen multilateralen Ansatz zur Friedenssicherung in der Region unter Einschluss von Indien zu fördern und die Vorherrschaft von Indien und den USA zu akzeptieren, solange China über eine ausreichende Menge an See- und Landstreitkräften verfügt, um am Verhandlungstisch vertreten zu sein. Es gibt natürlich echte Friedenssicherungsanliegen, die multilaterales Handeln erfordern, wie beispielsweise die Piraterie rund um das Horn von Afrika und die Sundastraße.

Insgesamt besteht also wenig Grund, der folgenden Schlussfolgerung von Jonathan Holslag zu widersprechen: »Langfristig wird seine wirtschaftliche Lage, und hier speziell die Anfälligkeit der langen Versorgungswege, China daran hindern, auf eine Art Kanonenbootdiplomatie zurückzugreifen, die zuvor schon viele Großmächte verfolgt haben. Trotz sich wandelnder Interessen, Sichtweisen und Mittel ist China bei der Sicherung seiner wirtschaftlichen Stützpunkte in Afrika zu einem großen Teil vom Wohlwollen anderer abhängig und wird es auch bleiben. Solange das soziale Gleichgewicht auf dem Zugang zu Afrikas Reichtum an Bodenschätzen beruht, wird China also den Weg einer Sicherheitszusammenarbeit einschlagen müssen. Es wird für seine afrikanischen Partnerländer sogar der wichtigste Interessensvertreter für Frieden, soziales Gleichgewicht, verantwortungsbewusste Regierungsführung und gleichberechtigte Entwicklung sein. (...) Stärker als jede andere Fremdmacht hat China ein Interesse daran, aus regionalen Akteuren flexible Organisationen mit breiter Unterstützung zu machen, wobei das Land implizit die strategische Verantwortung für das Konfliktmanagement für sich in Anspruch nimmt.«³⁵

Wenn Afrika dieses Interesse Chinas nutzen und zu einem gemeinschaftlichen Umgang mit Peking über regionale und kontinentale Organisationen finden kann, wird es dafür sorgen können, dass die Beziehungen sich von einem »Hub-and-spoke«-Modell hin zu einer größeren Gleichberechtigung entwickeln, von der beide Partner in Form einer höheren Effizienz und Leistungsfähigkeit profitieren werden.

35. Holslag op. cit.